

noch zu wünschen übrig  
Bier von 15 Pf. ge  
wir nun jetzt in dieser  
hoffen und erwarten da  
tun.  
Bierkonsumenten.

mer, Fabrikant 48 J.

Samstag

ich mit einem Hochdruck  
bei Island besteht fort.  
Unter diesen Umständen  
und für Freitag und  
aber in der Hauptstadt

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für

## den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen  
„Feierstunden“ und „Unsere Heimat“



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage  
„Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

**Bezugspreise:**  
Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60  
Einzelnummer 10 J.  
Erscheint an jedem Werktag  
Dreizehntelste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold  
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sauer (Karl Sauer) Nagold

**Anzeigenpreise:**  
Die einpaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder  
deren Raum 15 J., Familien-Anzeigen 12 J.  
Reklame-Seite 45 J., Sammelanzeigen 50%, Aufschlag  
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und  
an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und  
Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 5113

Nr. 22

Gegründet 1827

Freitag, den 28. Januar 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

### Tagespiegel

Die Regierungserklärung im Reichstag wird am 3. Febr. erfolgen. Bis dahin hat sich der Reichstag vertagt.

In der Besprechung des Reichskanzlers mit dem Grafen Westarp und dem deutschen Reichstagsabgeordneten Treutmann wurde über die Verteilung der Ministerliste verhandelt.

Der Verband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten und der Bund der Post- und Telegraphenbeamten (Zivilangewandten) haben den Zusammenschluß unter dem Namen Deutscher Postverband beschlossen.

Im Lohnstreit im Buchdruckgewerbe hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch, der die Weitergeltung der Löhne vorschreibt, für verbindlich erklärt.

Der Völkerbundskommissar Calonder (Schweizer) hat nach Untersuchung der Beschwerde des Deutschen Volksbundes gegen die rechtswidrige Schließung der deutschen Schulen in Lubrowitz-Pietar und Rudne (Ost-Oberschlesien) durch die polnische Regierung verkündet, daß die Schulen unverzüglich wieder zu eröffnen sind.

Die englische Regierung hat Ricciotti Garibaldi die Einreiseverweigerung verweigert.

Lord Cecil tritt dafür ein, daß der Streit zwischen England und China dem Völkerbund vorgelegt werde.

Die Aufständischen im Staat Veracruz sind von den mexikanischen Bundesstruppen entscheidend geschlagen worden.

In Nicaragua sollen die Truppen des liberalen Gegenpräsidenten Sacasa eine Niederlage erlitten haben.

### Wie beurteilt Parkert Gilbert den deutschen Außenhandel?

Natürlich ebenso rosig wie unsere ganze Wirtschaft. Der Generalagent ist nun einmal ein unveränderlicher Optimist. Die einen meinen, er sei es aus Ueberzeugung und auch aus Sympathie für Deutschland, die ändern aus Berechnung, um im Interesse unserer Verlagsgegner Deutschland zur Zahlung der Dameslasten zu ermuntern, auch den Plan, für dessen Durchführung er doch in erster Linie verantwortlich ist, und dessen Durchführbarkeit zu rechtfertigen. Mag sein. Tatsache ist, daß unser Außenhandel im zweiten Damesjahr, d. h. in der Zeit vom November 1925 bis Oktober 1926, sich wesentlich gegen früher gebessert hat. Es war das erste Jahr, wo wir wieder eine aktive Handelsbilanz, d. h. mehr Ausfuhr als Einfuhr hatten. Diese betrug 9508,8 Millionen, jene 9724,6 Millionen, somit ein Ueberschuß der Ausfuhr um 215,8 Millionen Reichsmark. Das läßt sich hören, um so mehr, als man bei Zurechnung von Expedition- und Transporthilfen, von Auslandskrediten, von Erwerb an Eigentum und Aktien durch Ausländer usw. einen Ueberschuß von sogar 2350 Millionen herausrechnen kann. Freilich, wenn man davon unsere Dameszahlungen wieder abzieht, bleiben — nach Parkert Gilbert — nur noch 900 Millionen Ueberschuß übrig, aber immerhin ein Betrag, der die Rückzahlung kurzfristiger Schulden, den Zinsendienst auch langfristiger Anleihen u. a. Verpflichtungen ermöglicht. So läßt sich auch erklären, daß wir unsere Dameszahlungen heuer erstmals — im Gegensatz zum ersten Jahr — aus unserer eigenen Kraft aufbringen konnten.

Woher diese günstige Gestaltung unseres Außenhandels? Parkert Gilbert gibt dafür in seinem soeben ausgegebenen Bericht („Die Reparationszahlungen im zweiten Teil des zweiten Planjahres“) verschiedene Gründe an: Mit der neuen Entwicklung der Währungsfestigung, die mit der Annahme des Damesplans einsetzte, hätten sich die Auslandsmärkte wieder den deutschen Käufern geöffnet. Der Kredit begann wieder frei nach Deutschland zu fließen. Die Deutschen waren in der Lage, ihr durch die Inflation geleertes Warenlager wieder aufzufüllen. Als dies geschehen, stellte sich die umgekehrte Entwicklung ein. Von Dezember 1925 bis zum Juli 1926 war die Menge der nach Deutschland eingeführten Waren äußerst gering. Sie sank beispielsweise von 1068 Millionen Mark im Oktober 1925 auf 645 Millionen im März 1926. Namentlich gilt dies hinsichtlich der Einfuhr von Nahrungsmitteln (352,6 bzw. 220,0 Millionen).

Andererseits nahm der Umfang der Ausfuhr, die schon das ganze Jahr 1925 hindurch im Steigen begriffen war, auch fernerhin zu. Hierbei war allerdings die plötzliche Beschleunigung der Kohlenausfuhr infolge des englischen Kohlenstreiks ein wesentlicher Faktor. Dennoch kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, daß die gesteigerte Ausfuhr zu einem guten Teil den Fertigwaren zuzuschreiben ist. Während deren Einfuhr erheblich um (40,3 v. H.) abnahm, stieg ihre Ausfuhr von 602,4 Millionen Mark im September 1925 auf 686,4 Millionen im März 1926 an. Also ein Beweis, daß Deutschlands Industrieerzeugnisse wieder recht erfreulichen Anklang im Ausland finden.

Ob freilich diese günstige Entwicklung anhalten wird? Schon meldet sich wieder ein Rückgang an. Wie weit daran die Politikranken, die gegen uns aufgebracht sind, und

### Einigung auf Richtlinien

Berlin, 27. Jan. Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Deutschnationalen über die Richtlinien der künftigen Regierung kamen gestern nachmittag zum Abschluß. Die vereinbarten Grundzüge über Außenpolitik, Verfassung, Reichswehr, Kulturfragen und Sozial- und Wirtschaftspolitik wurden sodann den Fraktionsführern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei mitgeteilt.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion erklärte, eine Beschlussfassung ihrerseits werde erfolgen, wenn die Verhandlungen über die Regierungsbildung bis zum endgültigen Abschluß gefördert seien und bis eine Zustimmung der Parteiführer zu den Richtlinien erfolge.

Die Zentrumsfraktion und die Fraktion der Deutschen Volkspartei stimmten dem Regierungsprogramm zu. Der Reichsauschuß der Zentrumspartei wird auf 6. Februar einberufen.

Reichskanzler Dr. Marx verhandelte heute mittag noch einmal mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und darauf mit dem Grafen Westarp. Die demokratische „Voff-

Zeitung“ veröffentlicht bereits die „Richtlinien“. Demgegenüber wird amtlich erklärt, daß die Richtlinien nur einen Teil der Regierungserklärung darstellen. Sie konnten noch nicht veröffentlicht werden, weil noch nicht sämtliche in Betracht kommenden Fraktionen ihre Zustimmung gegeben haben. Alle Veröffentlichungen darüber seien daher nicht als beglaubigt oder zuverlässig anzusehen. Von Seiten der Regierung wird erklärt, daß sie der ungehörigen Veröffentlichung der Richtlinien fernstehe. Die „Kreuzzeitung“ glaubt die Abgeordneten Dr. Birch und Joos mit der Veröffentlichung in Verbindung bringen zu können.

Der „Tag“ und die „Kreuzzeitung“ nennen die vorzeitige Veröffentlichung der „Voff. Ztg.“ einen unverantwortlichen Vertrauensbruch mit dem Zweck, die Regierungsbildung zu stören. Der „Votallanzeiger“ schreibt, abgesehen von dem böswilligen Vertrauensbruch müsse festgestellt werden, daß der angebliche Vortritt in der „Voff. Ztg.“ unvollständig und zum Teil falsch sei. Die „Germania“ schreibt, es sei ein bedauerlicher Vorgang, daß die Deutschnationalen ohne Vorbehalt die Rechtsgültigkeit der Weimarer Verfassung anerkennen.

### Die Erfolge Chinas

**Räumung der Provinz Szechuan**

Peking, 27. Jan. Nachdem nunmehr die in der Provinz Szechuan lebenden Europäer sämtlich abgehoben sind, verlassen auch die Missionare, die sich bisher geweigert hatten, ihre Stationen, da die Lage immer bedrohlicher wird. Mehr als 500 Missionare sind bereits in Hankau eingetroffen, während 50 andere sich auf dem Weg nach Tschang befinden. — Szechuan ist eine große Provinz im westlichen China. Sie grenzt westlich an Tibet.

**Die Zollzuschläge**

Hankau, 27. Jan. Die südhinesische Regierung läßt erklären, daß sie die durch General Suntschuanfang in Schanghai einbezogenen Washingtoner Zollzuschläge nicht anerkenne. Waren, die für das Gebiet der Südregerung bestimmt seien, müssen entsprechend verzollt werden, auch wenn der Zollzuschlag bereits einmal in Schanghai erhoben worden sei.

Wie aus Futschau gemeldet wird, gehen die südhinesischen Behörden mit unnachlässiglicher Strenge gegen die Urheber der Plünderung des europäischen Viertels vor. Bisher sind über 200 Personen verhaftet. Zehn überführte Plünderer wurden hingerichtet.

**Kanada lehnt die Beteiligung ab**

Montreal, 27. Jan. In Regierungskreisen wird betont, daß Großbritannien keinesfalls auf irgendwelche militärische oder andere Hilfe von Kanada rechnen dürfe, wenn in China ernstliche Verwicklungen entstehen. Kanada wisse wohl, daß England in China allein dastehe und auch von den eigenen Dominien verlassen sei, aber Kanada könne es mit seinen Grundgesetzen nicht vereinbaren, sich in China einzumischen. — Dies dürfte auch die Meinung in der Südafrikanischen Union sein. England hätte sich eine solche Lage 1914 wohl nicht im Traum einfallen lassen.

**Australiens Zurückhaltung**

Melbourne, 27. Jan. Das Bundesministerium beschloß, von dem Angebot an die englische Regierung, deren Vor-

gehen in China zu unterstützen, abzusehen, da die Lage in China die Hilfe Australiens zurzeit nicht notwendig macht und England auch keine Aufforderung an das Dominion gerichtet habe.

**Widerstand in Indien**

Delhi, 27. Jan. Die Nationalpartei erhob in der Gesehgebenden Versammlung Einspruch dagegen, daß England ohne Befragung des indischen Parlaments indische Truppen nach China sende. Der englische Gouverneur verbot die Verhandlung über diesen Gegenstand, da die Besprechung dem „öffentlichen Interesse“ zuwider sei.

Washington, 28. Jan. Der Auswärtige Ausschuß des Abgeordnetenhauses forderte in einer Entschließung die Regierung auf, selbständig mit China über die Abänderung der ungerechten Fremdenvorrechte zu verhandeln.

Die Regierung hat auf die Denkschrift der Rantonregierung geantwortet, daß die Vereinigten Staaten gewillt seien, in Verhandlungen über die Wiederherstellung der vollständigen Hoheit Chinas und die Aufhebung des Fremdenvorrechte einzutreten.

In Beantwortung einer Entschließung der Fraktion der englischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften für Einstellung der Truppenendungen nach China und Anerkennung der kantonesischen Regierung hat das Auswärtige Amt in London erklärt, die Truppenendungen haben nur den Zweck, die englischen Interessen in China zu schützen. Die englische Regierung sei bereit, den Chinesen große Zugeständnisse zu machen, wenn die Verhandlungen in freundschaftlichem Geist geführt werden.

Nach dem Londoner „Evening Standard“ sollen in 14 Tagen etwa 20 000 Mann britischer und indischer Truppen zum Schutz der britischen Interessen in China verfügbar sein.

Nach dem „Daily Telegraph“ werden die Mächte, Japan ausgenommen, gemeinsam erklären, daß sie auf die Einführung der Feinzerz auf der Washingtoner Konferenz beschlossenen Zuschlagszölle verzichten.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 27. Januar.

Der Reichstag hat das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angenommen. Ein sog. Antrag, Minderbemittelte unentgeltlich zu behandeln, wurde mit 164 gegen 146 Stimmen angenommen. In einer Entschließung wird die Regierung aufgefordert, über die vorhandenen Einrichtungen für Mütter- und Kinderschutz eine Denkschrift und dann einen Gesetzentwurf vorzulegen, der auch weitere Einrichtungen enthalten soll.

Ein Antrag v. Guerard (Ztr.) bildet einen Nachtrag zum Gesetz über Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen. Nach dem Antrag sollte die Auflösung oder der Abbau von privaten Vorschulen erst dann erfolgen, wenn die Entscheidung der Lehrkräfte und Unterhaltungsträger gesetzlich geregelt und durchgeführt ist. Der Bildungsausschuß beantragt, daß da, wo eine baldige Auflösung oder ein baldiger Abbau erhebliche wirtschaftliche Härten für die Lehrkräfte oder die Unterhaltungssträger mit sich bringen würde oder aus örtlichen

die Parkert Gilbert im Zusammenhang mit den Umladungen und Inspektionen als „vergeudete Zeit und Arbeit“ scharf verurteilt, schuld sind, läßt sich schwer beurteilen. Wenn er aber meint, „die internationale Feindschaft sei in einem gewissen Ausmaß einer besseren Verständigung gewichen“, so merken wir davon leider nicht allzuviel. Gerade die gegenwärtigen Verhandlungen wegen des „halbfertigen Kriegsmaterials“, dessen Ausfuhr man uns verbieten will, beleuchten deutlich den blaffen Geschäftsneid unserer ehemaligen Kriegsgegner. Wenn sie es auch nicht zugeben wollen, so bleibt es doch, wenigstens für England, unfehlbare geschäftliche Tatsache, daß der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands die tiefste Ursache des Weltkriegs war. Jetzt erholt sich der ruinierte Konkurrent langsam wieder. Das ist ihnen natürlich wieder nicht recht. Sie bedenken aber nicht, daß anders er keine Kriegsenichtbürgungen zahlen kann. Das Jahr 1923 sollte doch auch England zur dauernden Warnung dienen. Unser wirtschaftlicher Zerfall ist auch der Gegner größter Schaden. W. H.

Zu beachten ist allerdings, daß es England — im Gegensatz zu Frankreich, das möglichst viel Geld von Deutschland zu erlangen versuchen muß — gar nicht so sehr darauf ankommt, Tributzahlungen zu erhalten. Der Damesplan hat vom englischen Standpunkt aus vor allem den Zweck, Deutschland dauernd oder auf lange Zeit hinaus in Atem zu halten und seine wirtschaftliche Wiedererstarbung zu hemmen. Mit welcher rücksichtsloser Beharrlichkeit England diese Politik verfolgt, beleuchtet ja eben auch das Gescheh-

g.  
Broschüre  
Koch (Kild.)  
EUM  
n 29. Jan. findet  
im Traubensaal  
293  
Abend  
die Mitglieder mit  
sich eingeladen  
r Auswärtige ein-  
Der Ausschub.  
chstunden  
— 2 Uhr statt,  
gs von 2—5 Uhr.  
möp. Praxis  
„Löwen“  
Nagold.  
Tüchtiger  
Reisender  
um Besuch der Land-  
kundschaft  
persofort gesucht  
Bewerber müssen gutes  
kultreten haben und gut  
ominiert sein. Offrien  
beten unter Nr. 260 an  
e Geschäftsstelle des Bl.  
Kalender  
und Portotarif  
Nagold.

